



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
(Kap. 14 05 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushalts 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 05 wird ein neuer Tit. „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst – Landesmittel“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 7,7 Mio. Euro ausgestattet.

Die zusätzlichen Mittel dienen der Verbesserung der technischen Ausstattung und Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD).

Begründung:

Die Digitalisierung spielt eine wichtige Rolle bei der Modernisierung und Stärkung des ÖGD. Sie trägt dazu bei, die Arbeit des ÖGD effizienter zu gestalten und Verfahren zu beschleunigen. Die Bundesregierung hat mit dem Zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite Finanzhilfen in Höhe von 50 Mio. Euro gemäß Art. 104b Abs. 1 des Grundgesetzes für Investitionen der Länder, einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände, zur technischen Modernisierung des ÖGD beschlossen. Im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sind weitere Maßnahmen zur technischen und digitalen Stärkung des ÖGD vorgesehen. Das „Deutsche Elektronische Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz“ (DEMIS) soll bis Ende 2022 allen Gesundheitsbehörden in Bund und Ländern zur Verfügung stehen. Zudem wird über ein Förderprogramm des Bundes in Höhe von 800 Mio. Euro der digitale Ausbau des ÖGD insbesondere im Bereich des Infektionsschutzes, u. a. zum Aufbau und der Bereitstellung einheitlicher Systeme und Tools, unterstützt.

Entscheidendes Ziel ist es, eine Interoperabilität über alle Ebenen des ÖGD sicherzustellen, einheitliche Schnittstellen und Systeme zu definieren, zu schaffen und entsprechende Standards durchgehend einzuhalten. Dafür, sowie auch für die verbesserte technische Grundausstattung der Ämter vor Ort müssen zusätzliche Landesmittel zügig bereitgestellt werden.